



Antrag

der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

Neue EU-Förderperiode gestalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest:

In der zu Ende gehenden EU-Förderperiode haben die EU-Strukturfonds in vielen Teilen des Landes wertvolle Initiativen angeschoben, unterstützt und gestärkt.

Die EU-Fördermittel haben eine große Bedeutung für die Landesentwicklung auch dann, wenn die Fördermittel weniger werden. Die Entscheidung über den konkreten Einsatz der EU-Mittel in Schleswig-Holstein ist auch eine Entscheidung über wichtige Schwerpunkte der Landesentwicklung.

Zu Schwerpunkten, die nach den absehbaren Mittelkürzungen in den einzelnen Förderprogrammen wegfallen, müssen Gespräche mit den Akteuren geführt werden, wie dieses kompensiert werden kann. Eventuell wegfallende EU-Mittel sollen grundsätzlich auch durch Landesmittel ersetzt werden können.

Die Europäische Union stellt zwar mit dem Krisenbewältigungsprogramm „Next Generation EU“ rund 750 Milliarden Euro zusätzlich zum Mehrjährigen Finanzrahmen zur Verfügung. Ein Großteil dieser Mittel gelangt jedoch ausschließlich an die Mitgliedsstaaten und steht damit den Kommunen nur mittelbar zur Verfügung.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf,

- den Landtag an der Neuausrichtung der ab 2021 beginnenden EU-Förderperiode zu beteiligen. Über die Beteiligung hinaus ist dem Landtag vierteljährlich über den

Stand der Programmierung und ab 2021 über die Verwendung der EU-Mittel zu berichten;

- an dem Diskussionsprozess mit Wirtschafts- und Sozialpartnern auch die Kommunen und die Zivilgesellschaft maßgeblich zu beteiligen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, den Kommunen eine Mitsprache bei der Ausgestaltung der Förderprogramme der Europäischen Union einzuräumen.
- regionale und zivilgesellschaftliche Interessen und Besonderheiten bei der Projektkonzipierung und Mittelvergabe zu berücksichtigen, bestehende Beteiligungs- und Entscheidungsstrukturen über den Mitteleinsatz zu überprüfen und diese zukünftig wieder zu regionalisieren.

Regina Poersch
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW